

TAGUNGSBERICHTE

Wissen für Entscheidungsprozesse

Abschlusskonferenz der BMBF-Förderinitiative „Wissen für Entscheidungsprozesse – Forschung zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft“ in der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften

Berlin, 9. Mai 2007

Tagungsbericht von Constanze Scherz, ITAS

1 Hintergrund

Die BMBF-Förderinitiative „Wissen für Entscheidungsprozesse – Forschung zum Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft“ wurde im März 2003 gestartet; sie umfasst zwölf Projekte, die in Zeit von 2003 bis 2007 durchgeführt wurden. Sie knüpft an das von 2001 bis 2003 an der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften (BBAW) durchgeführte Vorhaben „Politik, Wissenschaft und Gesellschaft“ an, das thematische Schwerpunktbildungen in der Wissenschaftsforschung fördern sollte. Damals waren zwanzig Gutachten zu ausgewählten Problembereichen der deutschen Wissenschaftsforschung in Auftrag gegeben worden, deren Ergebnisse vier Forschungsfelder nahe legten, in denen wissenschaftspolitisch relevanter Bedarf bestehe: a) „Veränderungen der Wissensproduktion – Ursachen und Formen“, b) „Kommunikation wissenschaftlichen Wissens im politischen Meinungsbildungsprozess“, c) „Wissenschaftspolitik und Selbststeuerung von Wissenschaft“ sowie d) „Instrumente und Kriterien der Qualitätssicherung im Wissenschaftsprozess“.

Friedhelm Neidhardt, Vorsitzender der Ende 2002 eingerichteten Steuerungsgruppe zur wissenschaftlichen und gutachterlichen Betreuung der Förderinitiative, hob einen wichtigen Aspekt der Förderinitiative gleich zu Beginn der Tagung deutlich hervor. Ziel

sei es, die Wechselwirkungen zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft aufzuzeigen und langfristige Strukturen für den Umgang mit „Wissen für Entscheidungsprozesse“ zu schaffen. Auf der Tagung wurden Ergebnisse von sieben der zwölf Projekte gut und zum Teil sehr anschaulich präsentiert. Die Überführung der (Forschungs-)Einzelergebnisse in einen Abschlussbericht, der eben diese langfristigen Strukturen aufzeigen soll, soll bis Ende 2007 vorliegen.

2 Wissen für Entscheidungsprozesse und ihre Adaption: „Aus der Hochsprache wird Dialekt“

Im ersten Vortrag erörterte Cordula Kropp von der Münchener Projektgruppe für Sozialforschung e.V. einige Folgen der Vervielfältigung des Beratungsangebots für die Politik. Vor dem Hintergrund des zunehmend paradoxer werdenden Verhältnisses von Wissenschaft und Politik – einerseits steigt der Bedarf der Politik an wissenschaftlichem Wissen für die Lösung komplexer gesellschaftlicher Probleme, andererseits unterliegt Wissenschaft einem Autoritäts-, Vertrauens- und Legitimationsverlust – nähmen Ungewissheiten und Nicht-Wissens-Bereiche zu. Dieses (durchaus bekannte) Paradoxon wurde im Projekt „Ansätze zu einer dialogisch-reflexiven Schnittstellenkommunikation zwischen Wissenschaft und Politik“ anhand der Themen Mobilfunk, Gentechnik und „Sichere Landwirtschaft“ untersucht. Ergebnis der geführten Interviews mit Wissenschaftlern aus diesen drei Forschungsbereichen sowie mit politischen Entscheidungsträgern ist zum einen, dass wissenschaftliches Wissen im politischen Beratungsprozess für die Rezipienten aus der Politik nur „eine Stimme unter vielen“ sei. Zum anderen hätten sich die Anforderungen an die Wissenserzeugung und -kommunikation gewandelt. Gerade im „Moment einer Krise“ implodierte die bekannte Untersuchungsheuristik vom Agenda Setting über die politische Meinungsbildung zur Entscheidung, Umsetzung und Bewertung („Passagen des Sachverstandes“). Die Umsetzung der politischen Entscheidung, die auf wissenschaftlichem Wissen basiert, könne nur dann gelin-

gen, „wenn aus der (wissenschaftlichen) Hochsprache (politischer) Dialekt werde“.

Jens Soentgen, wissenschaftlicher Leiter des Wissenschaftszentrums Umwelt an der Universität Augsburg, vertiefte in seinem sich direkt anschließenden Vortrag eben dieses Moment der Entscheidung. Unter dem Thema „Co-Produktion von Wissen und Nichtwissen im politischen Prozess“¹ erläuterte er das „argumentum ad ignorantiam“ (Walton 1999), also das argumentative Phänomen, wonach eine Technik als unschädlich gilt, wenn die Untersuchung derselben keine schädlichen Folgen gezeigt habe. Klassische (negative) Beispiele für solch „ungewusstes Nichtwissen“ sind das Ozon zerstörende FCKW, Contergan, Asbest oder die Rinderseuche BSE. Die Einwände gegen eine solche Argumentation könnten wiederum technisch-wissenschaftlicher oder moralisch-politischer Natur sein und differenzierte wissenschaftliche Analysen und Fallstudien könnten neue Wege sowohl für den wissenschaftlichen als auch für den politischen Umgang mit Nichtwissen aufzeigen.

Jens Soentgen verwies anhand der aktuellen Risikokontroversen zur „Grünen Gentechnik“ und zum „Mobilfunk“ auf die politische Notwendigkeit, unterschiedliche disziplinäre Zugänge zu Problemstellungen anzuerkennen, institutionelle Innovationen voranzutreiben und eine gerechte Verteilung der Folgen von Nichtwissen anzustreben. Auf Seiten der Wissenschaft solle der Sinn für unterschiedliche Resonanzräume in den einzelnen Phasen eines politischen Prozesses geschärft werden, so genannte „Indikatoren zweiter Ordnung“ für die Minimierung von Risiken entwickelt und eine Synopse der verschiedenen Standpunkte in Risikodiskursen versucht werden. Letztlich gehe es darum, fruchtbare Fragestellungen zu formulieren, die helfen, die Bereiche des Nichtwissens zu erschließen und bestenfalls durch Wissen zu ersetzen.

Ergänzend zur Frage, wie mit Nichtwissen seitens der Wissenschaft umgegangen werden solle, stellten Alexander Bogner (Institut für Technikfolgen-Abschätzung, Wien) und Wolfgang Menz (Institut für Sozialforschung, Frankfurt) ihre Überlegungen zu den Folgen von Expertendissensen vor. Anders als beim Nichtwissen handele es sich hier um divergierende Expertisen zu gleichen (bekann-

ten) Sachverhalten (und weniger um die unterschiedlichen Herangehensweisen an und den unterschiedlichen Umgang mit Nichtwissen). In ihrem Forschungsprojekt „Expertenwissen, Öffentlichkeit und politische Entscheidung. Ethikkommissionen und Bürgerbeteiligung als Instrumente der Politikberatung in Deutschland und Österreich“ wurde die Ausdifferenzierung ethischer Beratungssysteme betrachtet. Da es in Ethikdiskursen zumeist um moralische Fragen geht, stellen sie in politischen Entscheidungsfindungsprozessen eine besondere Herausforderung dar. Die Autoren konnten am Beispiel der deutschen Stammzellen-Debatte (Enquete-Kommission versus Nationaler Ethikrat) inhaltsanalytisch nachvollziehen, dass der Expertendissens zu ethischen Fragestellungen eine besondere Qualität politischer Entscheidungen erfordert. Der Vergleich zwischen Österreich und Deutschland zeige, dass die politischen Entscheidungen in ethischen Diskursen unterschiedlicher Legitimationslogiken unterlägen: Während in Österreich die konsensfähigen Aspekte aus verschiedenen Expertisen herausgefiltert würden, auf diese Weise der Dissens in eine Art „Bastel-Konsens“ umgewandelt und die Expertise dadurch politisiert werde, unterläge die Entscheidungslogik in Deutschland einer höheren politischen Rationalität; die Grenzen zwischen wissenschaftlicher und politischer Sphäre seien klarer.

3 Vom Wandel in der Wissensproduktion: Simulation und Visualisierung als Formen datengestützter Wissenschaft

„Computersimulationen“ stellen „neue Instrumente der Wissensproduktion“ dar, so das gleichnamige Forschungsprojekt, über das Gabriele Gramelsberger (Freie Universität Berlin, Institut für Philosophie) referierte. Vorausgesetzt wird ein Wandel in der Produktion von Wissen in den Wissenschaften selbst, dessen Ursache (nicht Wirkung!) in der Einführung des Computers als Simulationsinstrument gründe. Das vorgetragene Beispiel für Simulation in der Klimaforschung zeigte sehr anschaulich, wie Bilder und Daten einer Beobachtung im kollaborativen Verfahren in elektronische Daten umgewandelt und durch datenba-

sierte Berechnungen Simulationen von Klima-Szenarien erstellt werden können. Durch die Komplexität der Simulation entstehe eine zweite Natur, deren Daten sich sowohl aus dem „echten Klima“ als auch aus dem „in silico Klima“ speisen; Mess- und Simulationsdaten sind beim Endprodukt nicht mehr unterscheidbar. Da diese datengestützte „E-Science“ auf Computerprogrammierungen basiere, ließe sich schlussfolgern, dass die Steigerung der Leistungsfähigkeit von Rechnern letztlich die wissenschaftliche Abschätzung von zukünftigen Entwicklungen präzisere und Unsicherheiten in der Wissensbasis überwinden helfe.

Als weitere wissenschaftliche Methode zur verbesserten Wissensproduktion stellte Martina Heßler (Hochschule für Gestaltung, Offenbach) „Visualisierungen in der Wissenskommunikation“ vor. Gemeint war das mediale Format „Bild“ als eigene Wissensform mit spezifischen Potenzialen und Grenzen zur Darstellung und Reflexion von Wissen. Im gleichnamigen Forschungsprojekt wurde der Frage nachgegangen, wie sich der epistemische Status des „Bilderwissens“ u. a. durch die digitale Bildgenerierung und -verarbeitung verändert. These ist, dass die visuelle Wissensvermittlung der digitalen Wissenschaft Unsicherheiten des Wissens scheinbar minimieren hilft, da Hypothesen und Modelle sichtbar gemacht und damit auf eine bestimmte, veränderte Weise evident werden. Durch die Konstruktion von Bildern, die auf Messdaten basieren, kann eigentlich Undarstellbares sichtbar gemacht werden. Hierbei vermischt sich Sehgewohnheit mit der Intention, die gemessene Natur der Dinge abzubilden. So werden Atome als Kugeln visualisiert und gemessene Oberflächenstrukturen bekommen durch einen künstlich eingefügten Schattenwurf den Charakter einer Landschaft.

4 Auswirkungen der Medialisierung der Wissenschaft: Schmetterling statt Fruchtfliege

Hans Peter Peters (Programmgruppe Mensch, Umwelt, Technik; Forschungszentrum Jülich) referierte über die „Integration wissenschaftlicher Expertise in medienvermittelte öffentliche Diskurse“ (Projekt INWEDIS). Mit der Vorstellung dieses Forschungsprojektes wid-

mete sich die Konferenz nun der Frage nach den Auswirkungen der Medialisierung auf die wissenschaftliche Praxis. Die „Medialisierung der Wissenschaft“ (Weingart 2001, S. 244 ff.) als „routinemäßige Orientierung an den Massenmedien“ – so Peters – führe dazu, dass das eigene wissenschaftliche Handeln (möglicherweise) an den medialen Konstrukten ausgerichtet werde. Damit habe die Medialisierung Auswirkungen auf Forschungskriterien und gegebenenfalls auf die Wissenschaft selbst bzw. die wissenschaftliche Autonomie. Zur Prüfung dieser These wurde im Forschungsprojekt INWEDIS z. B. die Häufigkeit von Medienkontakten ermittelt, die Wissenschaftler aus Deutschland, Frankreich, Japan, Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika in einem Zeitraum über drei Jahre hatten. Der Fokus lag auf Medienkontakten, die Wissenschaftler aus den Forschungsbereichen „Public Health / Epidemiologie“ und „Stammzellen“ hatten und zeigte u. a. eine erstaunliche Ähnlichkeit zwischen den fünf Ländern, obwohl diese Länder mit höchster Forschungskapazität doch unterschiedliche Medienlandschaften haben.

Inwieweit sagen diese und vergleichbare Erkenntnisse jedoch etwas über den Einfluss der Medialisierung auf die Forschung aus? Anhand einer Begebenheit verdeutlichte der Referent die Schwierigkeit – aber auch Tragweite – dieser Untersuchungsfrage: Der Forscher, der das Gen für die Flügelform der Fruchtfliege (*Drosophila*) entdeckte, habe seine Erkenntnis zunächst nicht veröffentlicht, sondern die Untersuchungen an Schmetterlingen erneut durchgeführt. So konnte er sicher sein, seine Erkenntnisse medienwirksamer publizieren zu können. Die Nutzung der über die Medien zugänglichen wissenschaftlichen Expertise zeige, dass die (politischen) Entscheidungsträger sich nicht vorrangig spezielles wissenschaftliches Wissen aneignen wollten, sondern die mediale Konstruktion wissenschaftlichen Wissens insbesondere im Bereich von Orientierungswissen stattfände. Entscheidend sei auch, inwieweit die wissenschaftlichen Erkenntnisse an die politische Rhetorik und Initiative (Agenda-Setting) anschlussfähig seien.

5 Erkenntnisse zur universitären Forschungsfinanzierung

Im letzten Vortrag referierte Jochen Gläser (The Australian National University, Canberra) über die „Auswirkungen der evaluationsbasierten Forschungsfinanzierung an Universitäten auf die Inhalte der Forschung“. Vor dem Hintergrund, dass in Deutschland alle Bundesländer Verfahren der leistungsorientierten Finanzierung universitärer Forschung eingeführt haben und die Exzellenzinitiative als ein Mechanismus der bundesweiten leistungsorientierten Zusatzfinanzierung hinzugekommen ist, stellt sich aktuell die Frage, wie sich diese Art der Forschungsfinanzierung langfristig auswirken wird. Mit Hilfe einer vergleichenden Untersuchung wurde erstens das deutsche Finanzierungssystem von Universitäten mit dem australischen verglichen. Zweitens fand ein direkter Vergleich von zwei deutschen und sieben australischen Universitäten statt. Und schließlich wurden sechs Disziplinen (Geschichte, Politikwissenschaften, Physik, Mathematik, Biochemie und Geologie) betrachtet, um die spezifischen Anpassungsmechanismen der Fachgebiete zu erfassen. Insbesondere die formelbasierte Finanzierung der australischen Universitäten (24 % des Gesamtetats) – eine Finanzierung, die sich nach internen Vergabekriterien, Investitionen in Drittmittelerwerbungen und einem individuellen Leistungsmanagement gliedert – zeige, dass durch eine universitätsinterne Verteilung kaum mehr Geld akquiriert werde. Die Steuerungswirkung einer internen formelbasierten Forschungsfinanzierung erschließe sich nicht.

6 Abschließende Bemerkung

Der thematisch weit gefasste Forschungsschwerpunkt „Wissen für Entscheidungsprozesse“ und die von der BBAW selbst beschriebenen „fließenden Übergänge der vier Forschungsfelder“ spiegelten sich auf der Abschlussstagung in allen Facetten wider. Der Umstand, dass alle Forschungsprojekte nicht nach der Repräsentativität der untersuchenden und untersuchten Disziplinen ausgerichtet wurden, wird generalisierende Aussagen im Abschlussbericht zusätzlich erschweren. Die

Diskussionen, für die sich die Veranstalter nach jedem Vortrag ausreichend Zeit nahmen, verdeutlichten außerdem, dass insbesondere die normativen Unterschiede in der Bewertung von Wissen (und Nichtwissen) in weitere wissenschaftliche Untersuchungen einfließen sollten. Der Rückblick auf das Gesamtprojekt legt nahe, dass eine Klärung des Begriffs „Wissen“ im Vorfeld der Untersuchungen gegebenenfalls sinnvoll gewesen wäre, um die unterschiedlichen Wissenstypen besser vergleichend analysieren zu können. Vielleicht ist gerade diese Erkenntnis der eigentliche Gewinn des Forschungsprojektes.

Anmerkung

- 1) Der Titel des Projekts, von dem Soentgen berichtete, lautet „Nichtwissenskulturen. Analysen zum Umgang mit Nichtwissen im Spannungsfeld von epistemischen Kulturen und gesellschaftlichen Gestaltungsöffentlichkeiten“.

Literatur

Walton, D., 1999: The Appeal to Ignorance, or Argumentum Ad Ignorantiam. In: *Argumentation*, Nr. 13. Dordrecht: Kluwer Academic Publishers, S. 367-377

Weingart, P., 2001: Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist

« »